

**NIEDERSCHRIFT
ZUR SITZUNG DES
HAUPT- UND
FINANZAUSSCHUSSES**

Sitzungs-Nr./Gremium/Wahlperiode: 07. HuFA 2014-2020 Sitzungsdatum: 03.09.2015 Niederschrift

Übach-Palenberg, den 03.09.2015

Unter dem Vorsitz von Bürgermeister Wolfgang Jungnitsch versammelte sich heute um 17:00 Uhr im großen Sitzungssaal des Rathauses der

Haupt- und Finanzausschuss

um über folgende Tagesordnung zu beraten:

T a g e s o r d n u n g

A) Öffentliche Sitzung

1. Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 09.06.2015
2. Bericht über die Ausführung der Beschlüsse des Haupt- und Finanzausschusses vom 29.01.2015 aus öffentlicher Sitzung
3. Erwerb der Mitgliedschaft im Verein "Erlebnisraum Römerstraße e. V."
4. Zustimmung zur Annahme des Mandats im Regionalbeirat der NEW AG
5. 35. Bürgerempfang 2016
hier: Bestellung neuer Mitglieder in die Auswahlkommission zur Verleihung der Ehrennadel der Stadt Übach-Palenberg
6. Änderung der Geschäftsordnung,
hier: Niederschrift (§ 33)
7. Öffentlich-rechtliche Vereinbarung über die Regelung der Schülerfahrtkosten bei besonderen Schulangeboten
8. Senioren- und Behindertenbeirat der Stadt Übach-Palenberg
- 8.1. Satzung für den Senioren-und Behindertenbeirat der Stadt Übach-Palenberg
hier: Satzungsänderung
- 8.2. Einberufung des Senioren- und Behindertenbeirates
9. 44. Änderung des Flächennutzungsplanes - Bereich Beyelsfeld -
hier: Abschluss der öffentlichen Auslegung und Feststellungsbeschluss
10. Bebauungsplan der Innenentwicklung gem. § 13 a BauGB Nr. Nr. 120
- Gutenbergstraße -
hier: Aufstellungsbeschluss und Beschluss der öffentlichen Auslegung

11. Bebauungsplan der Innenentwicklung gem. § 13 a BauGB Nr. 119
- Petrusweg -
hier: Aufstellungsbeschluss und Beschluss der öffentlichen Auslegung
12. Straßenbezeichnung für die Neuerschließung im Bereich Kirche Boscheln
13. Änderung der Gebührensatzung der Stadt Übach-Palenberg für die Benutzung des Ü-Bades
14. Erweiterungen zur Tagesordnung
15. Bericht und Mitteilungen des Bürgermeisters

B) Nichtöffentliche Sitzung

16. Bericht über die Ausführung der Beschlüsse des Haupt- und Finanzausschusses vom 29.01.2015 aus nichtöffentlicher Sitzung
17. Wasserversorgung in Übach-Palenberg
18. Grundstücksangelegenheiten
- 18.1 Veräußerung einer Streuobstwiese im Bereich Stegh an den NABU Geilenkirchen/Übach-Palenberg e.V.
- 18.2 Erwerb von 195.367 qm landwirtschaftlicher Flächen
- 18.3 Tausch verschiedener Grundstücksflächen mit der Kath. Kirchengemeinde St. Petrus
- 18.4 Verkauf einer Grundstücksteilfläche Am Bucksberg, Flur 17 Nr. 389 und 352/2 tw.
19. Vergabeangelegenheiten
- 19.1 Lieferung und Inbetriebnahme IT-Server Infrastruktur
- 19.2 hier: Ersatzbeschaffung eines Unimogs
- 19.3 Beschaffung eines Löschgruppenfahrzeuges (LF 20)
20. Erweiterungen zur Tagesordnung
21. Bericht und Mitteilungen des Bürgermeisters
- 21.1 Einberufung des Senioren- und Behindertenbeirates,
hier: Zusatzinformationen Bewerber
- 21.2 44. Änderung des Flächennutzungsplanes - Bereich Beyelsfeld -
hier: Antragsteller im Rahmen der öffentlichen Auslegung gem. § 3 Abs. 2 BauGB

Es waren anwesend:

Stadtverordnete

Herr Tim Böven	SPD
Herr Fred Fröschen	CDU
Herr Peter Fröschen	CDU
Herr Gerhard Gudduschat	CDU
Herr Wolfgang Gudduschat	FDP-USPD
Herr Walter Junker	CDU
Herr René Langa	CDU
Herr Hans-Georg Overländer	SPD
Herr Rainer Reißmayer	B'90/Die Grünen
Herr Wolfgang Schneider	SPD
Herr Oliver Walther	CDU
Frau Corinna Weinhold	UWG
Herr Heiner Weißborn	SPD
Herr Artur Wörthmann	CDU

als persönlicher Vertreter für
Stadtverordnete Czervan-
Quintana Schmidt

Bürgermeister

Herr Bürgermeister Wolfgang Jungnitsch

Verwaltungsbedienstete

Herr Erster Stadtbeigeordneter Helmut Mainz
Herr Kämmerer Björn Beeck
Herr Jurist Marius Claßen
Herr Verwaltungsangestellter Thomas de Jong
Herr Verwaltungsangestellter Gottfried Mannheims
Herr Stadtverwaltungsrat Thomas Schröder
Herr Stadtamtmann Herbert Söhnen
Herr Stadtoberverwaltungsrat Heinz Waliczek

Schriftführerin

Frau Stadtamtsrätin Kerstin Schade

Bürgermeister Jungnitsch stellte die ordnungsgemäße Einladung und die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Er begrüßte die Stadtverordneten, die Vertreter der Verwaltung, die Zuschauer und den Vertreter der Presse.

Zur Tagesordnung schlug er vor, im Hinblick auf die noch zu treffende Entscheidung bzgl. der Wasserkonzession, den Tagesordnungspunkt 13 „Änderung der Gebührensatzung der Stadt Übach-Palenberg für die Benutzung des Ü-Bades“ zunächst zurückzustellen.

Stadtverordneter **Weißborn** erklärte sich hiermit einverstanden und ergänzte, dass dieser Tagesordnungspunkt seiner Meinung nach auch zunächst im zuständigen Fachausschuss behandelt werden sollte.

Er beantragte, den Tagesordnungspunkt 17 „Wasserversorgung in Übach-Palenberg“ im öffentlichen Teil der Sitzung zu behandeln.

Bürgermeister Jungnitsch wies darauf hin, dass es bei diesem Tagesordnungspunkt um vertragliche Details gehe, die nicht in öffentlicher Sitzung besprochen werden können.

Beschluss:

Der Tagesordnungspunkt 17 „Wasserversorgung in Übach-Palenberg“ wird im öffentlichen Teil der Sitzung behandelt.

Abstimmungsergebnis:

6 Ja-Stimmen
9 Nein-Stimmen

Beschluss:

Der Tagesordnungspunkt 13 „Änderung der Gebührensatzung der Stadt Übach-Palenberg für die Benutzung des Ü-Bades“ wird zurückgestellt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

A) Öffentliche Sitzung

1. Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 09.06.2015

Beschluss:

Die Niederschrift der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vom 09.06.2015 wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

2. Bericht über die Ausführung der Beschlüsse des Haupt- und Finanzausschusses vom 29.01.2015 aus öffentlicher Sitzung

Der Bericht über die Ausführung der Beschlüsse des Haupt- und Finanzausschusses vom 29.01.2015 aus öffentlicher Sitzung wurde ohne Fragen und ohne Widerspruch zur Kenntnis genommen.

3. **Erwerb der Mitgliedschaft im Verein "Erlebnisraum Römerstraße e. V."**

Jurist **Claßen** erläuterte die Angelegenheit kurz (insoweit wird auf die Sitzungsvorlage verwiesen).

Stadtverordneter **Weißborn** erklärte, die SPD-Fraktion werde dem Beitritt selbstverständlich zustimmen. Ihm sei nur die Beitragshöhe unklar. Wer lege diese fest?

Jurist **Claßen** erläuterte, dass die vorliegende Satzung nur ein Entwurf sei und bereits per Email zugesagt worden sei, dass der Jahresbeitrag zunächst auf 500 Euro festgelegt werde. Ob der Verein künftig im Rahmen seiner Kompetenz dann den Beitrag anheben werde, wisse man natürlich nicht. Aber es bestehe ja auch immer die Möglichkeit, wieder aus dem Verein auszutreten.

Stadtverordnete **Weinhold** erklärte, sie werde dem Beitritt nicht zustimmen. Sie vertrete die Auffassung, der Landschaftsverband decke die von dem Verein vorgesehenen Aufgaben bereits zu genüge ab und 1.000 Euro jährlich seien viel Geld.

Beschlussempfehlung:

Dem Erwerb der Mitgliedschaft im Verein „Erlebnisraum Römerstraße e.V.“ wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

**14 Ja-Stimmen
1 Nein-Stimme**

4. **Zustimmung zur Annahme des Mandats im Regionalbeirat der NEW AG**

Jurist **Claßen** erläuterte die Angelegenheit kurz (insoweit wird auf die Sitzungsvorlage verwiesen).

Auf Nachfrage des Stadtverordneten **Weißborn**, warum hier nur der Bürgermeister in Betracht komme und kein anderer Vertreter für die Stadt gewählt werden könne, erklärte Jurist **Claßen**, der Beschluss des Aufsichtsrates und der Hauptversammlung der NEW AG umfasse eindeutig nur die Bürgermeister. Entweder nehme der Bürgermeister das Mandat an oder die Stadt werde nicht im Regionalbeirat vertreten.

Auf die Bitte des Stadtverordneten **Weißborn** wurde zugesagt, den entsprechenden Beschluss des Aufsichtsrates und der Hauptversammlung der NEW AG der Niederschrift als Anlage beizufügen.

Bürgermeister Jungnitsch erklärte, dass er bei diesem Tagesordnungspunkt nicht mitstimme.

Beschlussempfehlung:

Einer Annahme des Mandats im Regionalbeirat der NEW AG durch den Bürgermeister wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig bei einer Enthaltung

**5. 35. Bürgerempfang 2016
hier: Bestellung neuer Mitglieder in die Auswahlkommission zur Verleihung
der Ehrennadel der Stadt Übach-Palenberg**

Stadtverordneter **G. Gudduschat** schlug Herrn Bernd Brade vor.

Stadtverordneter **Weißborn** schlug Herrn Josef Krawanja vor.

Weitere Vorschläge wurden nicht abgegeben.

Beschluss:

Folgende Personen werden in die Auswahlkommission berufen:

1. Herr Bernd Brade
2. Herr Josef Krawanja

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

**6. Änderung der Geschäftsordnung,
hier: Niederschrift (§ 33)**

Stadtverwaltungsrat **Schröder** erläuterte den Hintergrund für die vorliegende Beschlussempfehlung (insoweit wird auf die Sitzungsvorlage verwiesen).

Stadtverordneter **Weißborn** erklärte, man habe ja bereits schon einmal auf ein Ergebnisprotokoll umgestellt und dies wieder verworfen. Er habe sich damals schon gegen ein Ergebnisprotokoll ausgesprochen, weil er eine solche Protokollführung nicht für sinnvoll halte und diese Meinung vertrete er weiterhin. Die derzeitigen Protokolle seien hervorragend und sollten seiner Meinung nach auch so bleiben. So könne man den Diskussionsverlauf nachvollziehen und dies sei ihm wichtig. Wenn es um die Einsparung von Personalressourcen gehe, dann sollte das Hauptamt besser für die entsprechenden Kernaufgaben eingesetzt werden anstelle für Veranstaltungen wie das ÜPF oder das Wurmvergnügen.

Bürgermeister Jungnitsch stellte klar, dass der Fachbereich Allgemeine Verwal-

tung nicht für die genannten Veranstaltungen zuständig sei und hierzu auch kein Personal aus dem zentralen Sitzungsdienst stelle.

Stadtverordneter **G. Gudduschat** wies darauf hin, dass es nicht Aufgabe des Stadtverordneten Weißborn sei, die Organisation der Verwaltung zu bestimmen. Er halte den vorliegenden Änderungsvorschlag für erforderlich. Qualifiziertes Personal werde hier über das notwendige Maß hinaus gebunden. Entscheidend bei einem Protokoll sei das Ergebnis und nicht der komplette Diskussionsverlauf.

Stadtverordneter **Rißmayer** erklärte, er könne das Argument der Arbeitserleichterung ja grundsätzlich verstehen, aber hier gehe es um eine wichtige Angelegenheit. Er sei gegen ein reines Ergebnisprotokoll. Es müssen ja nicht zu jedem Tagesordnungspunkt die einzelnen Wortbeiträge aufgeführt werden, aber gerade bei strittigen Themen, müsse man nachvollziehen können, welche Partei welche Meinung vertreten habe.

Bürgermeister Jungnitsch wies darauf hin, dass man deshalb vorgeschlagen habe, nicht nur das Beschlussergebnis, sondern auch den „Kerninhalt der Diskussion“ zu protokollieren.

Stadtverordnete **Weinhold** erklärte, weil der „Kerninhalt der Diskussion“ dargestellt werde, werde sie der vorliegenden Beschlussempfehlung zustimmen. Problematische Situationen können hierüber weiterhin abgebildet werden.

Stadtverordneter **Weißborn** entgegnete, er wolle weiterhin nachlesen können, wer was im Einzelnen gesagt habe. Nur so könne man später eine Entscheidung umfassend nachvollziehen. Auch derzeit werde kein vollständiges Wortprotokoll erstellt, sondern eine Zusammenfassung der Redebeiträge. Ein tatsächliches Wortprotokoll sei nur mit einer Tonbandaufnahme möglich. Dies sei im Übrigen auch eine Möglichkeit der Arbeitserleichterung. Vielleicht sollte man über die Möglichkeit der Tonbandaufnahme einmal nachdenken.

Stadtverordneter **Rißmayer** erklärte, wenn der „Kerninhalt der Diskussion“ weiterhin mit Nennung der Namen der Diskussionsteilnehmer dargestellt werde, könne er dem vorliegenden Vorschlag der Verwaltung zustimmen.

Bürgermeister Jungnitsch erklärte, der Kerninhalt solle so zusammengefasst werden, dass die Nennung der einzelnen Diskussionsteilnehmer entbehrlich sei. Die von Stadtverordnetem Rißmayer vorgeschlagene Variante stelle keine Arbeitserleichterung zu den bisherigen Regelungen dar.

Er wies darauf hin, dass er die vorliegende Beschlussempfehlung um das Wort „folgendes“, also „Dieses Protokoll muss *entsprechend eines Ergebnisprotokolls folgendes* enthalten:“, ergänzen wolle.

Beschlussempfehlung:

**Die Geschäftsordnung für den Rat und die Ausschüsse der Stadt Übach-Palenberg
vom 03.07.2014 wird wie folgt geändert:**

1. § 33 Absatz 1 Satz 2 wird wie folgt ergänzt:
„Dieses Protokoll muss *entsprechend eines Ergebnisprotokolls* folgendes enthalten:“
2. § 33 Absatz 1 Buchstabe i) erhält folgende neue Fassung:
„den Kerninhalt der Diskussion.“

Abstimmungsergebnis:

5 Nein-Stimmen
10 Ja-Stimmen

7. Öffentlich-rechtliche Vereinbarung über die Regelung der Schülerfahrtkosten bei besonderen Schulangeboten

Erster Stadtbeigeordneter **Mainz** erläuterte, dass in Übach-Palenberg derzeit 16 Schüler betroffen seien. Bei einer Entscheidung für das Wohnortprinzip würden für Übach-Palenberg hierfür Kosten in Höhe von ca. 19.000 € entstehen. Diese Kosten können sich natürlich mit steigender oder sinkender Schülerzahl verändern.

Bürgermeister Jungnitsch wies darauf hin, dass es in der vorliegenden Sitzungsvorlage einen redaktionellen Fehler gebe. Im vorletzten Satz der Begründung müsse es natürlich heißen „Alle Bürgermeister haben sich einvernehmlich darauf verständigt, diese Vereinbarung nach entsprechender Ratszustimmung zu unterzeichnen.“

Stadtverordneter **G. Gudduschat** erklärte, die CDU-Fraktion halte das Wohnortprinzip für eine gerechte Lösung und werde daher der vorliegenden Beschlussempfehlung zustimmen.

Stadtverordneter **Weißborn** wies darauf hin, dass das Wohnortprinzip gesetzlich nicht vorgesehen sei und fragte, ob es hier rechtliche Probleme geben könnte und was passiere, wenn eine Kommune nicht zustimme.

Erster Stadtbeigeordneter **Mainz** erklärte, es sei nicht zu erwarten, dass eine Kommune nicht zustimme. Gesetzlich sei das Wohnortprinzip nicht verboten und soweit Einigkeit unter den Beteiligten bestehe, sei eine solche Regelung zulässig.

Die Bezirksregierung habe einer solchen Vorgehensweise bereits zugestimmt.

Beschlussempfehlung:

Der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung über die Regelung der Schülerfahrtkosten bei besonderen Schulangeboten wird zugestimmt (die öffentlich-rechtliche Vereinbarung ist Bestandteil der Sitzungsunterlagen und in der Urschriftensammlung enthalten).

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

8. Senioren- und Behindertenbeirat der Stadt Übach-Palenberg

8.1 Satzung für den Senioren-und Behindertenbeirat der Stadt Übach-Palenberg hier: Satzungsänderung

Bürgermeister Jungnitsch teilte mit, dass der Ausschuss für Kultur, Bildung und Soziales mehrheitlich empfohlen habe, die vorliegende Änderungssatzung in § 5 Abs. 1 im ersten Satz um „sowie eine/ einen Schriftführer/in“ zu ergänzen.

Er stellte die vorliegende Änderungssatzung mit der genannten Ergänzung zur Abstimmung.

Beschlussempfehlung:

Die als Anlage beigefügte 2. Änderung der Satzung für den Senioren- und Behindertenbeirat der Stadt Übach-Palenberg wird mit folgender Ergänzung in § 5 Abs. 1 beschlossen: „*Der Beirat wählt aus seiner Mitte eine Vorsitzende/ einen Vorsitzenden und zwei StellvertreterInnen sowie eine/ einen Schriftführer/in.*“

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

8.2 Einberufung des Senioren- und Behindertenbeirates

Beschlussempfehlung:

Unter der Voraussetzung, dass die 2. Änderung der Satzung für den Senioren- und Behindertenbeirat beschlossen wird, werden gemäß § 4 Abs.1 der Satzung für den Senioren-und Behindertenbeirat vom Rat der Stadt Übach-Palenberg für die Dauer der Kommunalwahlperiode 2014-2020 die nachfolgenden Personen berufen:

Heinrich-Josef Frings
Monika Lux
Jonny Bilak
Gerd Schindler
Nicole Abels-Schell
Ruth Müller
Hans Ohle
Andreas Poeschkens
Heinz-Dieter Massing
Ingrid Massing-Barth
Udo Maaß
Hans Krupp
Dieter Meyer-Thurn
Ute Schaffer

Gerhard Schaffer
Matthias Heiligers
Regina Buckenhofer
Wilhelm Bergstein
Arnd Hansen
Norma Kuhlmei
Claudia Burghardt

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

**9. 44. Änderung des Flächennutzungsplanes - Bereich Beyelsfeld -
hier: Abschluss der öffentlichen Auslegung und Feststellungsbeschluss**

Bürgermeister Jungnitsch teilte mit, dass sich im Ausschuss für Bauen, Stadtentwicklung und Ordnung einvernehmlich darauf verständigt wurde, dass in der Begründung zu Anlage 1.1 der Zeitraum 10 Jahre herausgenommen werden solle. Somit würde der erste Satz der Begründung dann lauten: „Der Baustellenverkehr der einzelnen Bauabschnitte sollte den heutigen Wirtschaftsweg südlich des Plangebietes nutzen.“

Hiergegen erhob sich kein Widerspruch.

Beschlussempfehlung:

- 1. Über die von der Öffentlichkeit eingegangene Stellungnahme wird entsprechend der Anlage 1.1 entschieden (die Anlage ist Bestandteil der Sitzungsunterlagen und in der Urschriftensammlung enthalten).**
- 2. Über die von den Behörden und den sonstigen Trägern öffentlicher Belange eingegangenen Stellungnahmen wird entsprechend der Anlagen 2.1 bis 2.8 entschieden (die Anlagen sind Bestandteil der Sitzungsunterlagen und in der Urschriftensammlung enthalten).**
- 3. Die 44. Änderung des Flächennutzungsplanes für den „Bereich Beyelsfeld“ wird festgestellt.**

Abstimmungsergebnis:

Jeweils einstimmig

(über die Anlagen 2.1 bis 2.8 unter Nr. 2 wurde jeweils einzeln abgestimmt)

10. **Bebauungsplan der Innenentwicklung gem. § 13 a BauGB Nr. Nr. 120 - Gutenbergstraße -**
hier: Aufstellungsbeschluss und Beschluss der öffentlichen Auslegung
-

Beschlussempfehlung:

1. Der Bebauungsplan Nr. 120 - Gutenbergstraße - wird im beschleunigten Verfahren gem. § 13 a Abs. 1 BauGB aufgestellt.
2. Der Planentwurf des Bebauungsplans Nr. 120 - Gutenbergstraße - wird beschlossen (der Planentwurf ist Bestandteil der Sitzungsunterlagen und in der Urschriftensammlung enthalten).
3. Die öffentliche Auslegung gem. § 3 Abs. 2 BauGB des Bebauungsplans Nr. 120 - Gutenbergstraße - wird angeordnet. Parallel wird die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 2 BauGB durchgeführt.

Abstimmungsergebnis:

Jeweils einstimmig

11. **Bebauungsplan der Innenentwicklung gem. § 13 a BauGB Nr. 119 - Petrusweg -**
hier: Aufstellungsbeschluss und Beschluss der öffentlichen Auslegung
-

Beschlussempfehlung:

1. Der Bebauungsplan Nr. 119 – Petrusweg – wird im beschleunigten Verfahren gem. § 13 a Abs. 1 BauGB aufgestellt.
2. Der Planentwurf des Bebauungsplans Nr. 119 – Petrusweg – wird beschlossen (der Planentwurf ist Bestandteil der Sitzungsunterlagen und in der Urschriftensammlung enthalten).
3. Die öffentliche Auslegung gem. § 3 Abs. 2 BauGB des Bebauungsplans Nr. 119 – Petrusweg – wird angeordnet. Parallel wird die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 2 BauGB durchgeführt.

Abstimmungsergebnis:

Jeweils einstimmig

12. Straßenbezeichnung für die Neuerschließung im Bereich Kirche Boscheln

Beschluss:

Die Erschließungsstraße im Bereich des zur Innenentwicklung anstehenden Plangebietes an der kath. Pfarrkirche im Stadtteil Boscheln erhält die Straßenbezeichnung „Petrusweg“.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

13. Änderung der Gebührensatzung der Stadt Übach-Palenberg für die Benutzung des Ü-Bades

Der Tagesordnungspunkt wurde bereits zu Beginn der Sitzung zurückgestellt.

14. Erweiterungen zur Tagesordnung

Erweiterungen zur Tagesordnung ergaben sich nicht.

15. Bericht und Mitteilungen des Bürgermeisters

Berichte und Mitteilungen des Bürgermeisters lagen nicht vor.

Bürgermeister Jungnitsch schloss um 17.34 Uhr die öffentliche Sitzung und setzte eine Pause von 5 Minuten an.

Nach Wiederherstellung der Öffentlichkeit schloss **Bürgermeister Jungnitsch** um 19.35 Uhr die Sitzung.

Jungnitsch
Bürgermeister

Schade
Schriftführerin